

Medienmitteilung

19.10.2022

JA zur Vermögenssteuerreform!

Der Vorstand des Arbeitgeberverbands Region Basel hat die Parolen für die Volksabstimmungen vom 27. November 2022 gefasst. Er sagt klar JA zur Vermögenssteuerreform im Kanton Baselland. Ausserdem empfiehlt er im Kanton Basel-Stadt die «Klimagerechtigkeitsinitiative» sowie deren Gegenvorschlag zur Ablehnung.

Mit der «Vermögenssteuerreform I» strebt der Baselbieter Regierungsrat die Basis für eine modernere und mildere Besteuerung des Vermögens von natürlichen Personen im Kanton Baselland an. Im ersten Schritt soll die Aufhebung der speziellen Baselbieter Steuerwerte für Wertschriften erfolgen. Die damit einhergehende Mehrbelastung soll durch eine Senkung des Vermögenssteuertarifs und eine Erhöhung der Freibeträge kompensiert werden.

Der Arbeitgeberverband Region Basel sagt klar JA zur Baselbieter Vermögenssteuerreform. Wie die SP-Finanzdirektorin Tanja Soland im Kanton Basel-Stadt hat auch der Baselbieter Regierungsrat erkannt, dass regelmässige Steuerreformen nötig sind, um die Steuern den neuen Entwicklungen anzupassen und nicht Gefahr zu laufen, als Kanton den Anschluss zu verlieren. Denn der Kanton Baselland ist im nationalen und internationalen Vergleich bei der Besteuerung mittlerer und hoher Einkommen und Vermögen unattraktiv geworden. Die Steuerbelastung ist verglichen mit den Nachbarkantonen zu hoch. Der Regierungsrat machte verschiedentlich darauf aufmerksam, dass Indizien über Wegzüge von guten Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bestehen, was eine Gefahr für die Balance der Kantonsfinanzen und für den Mittelstand darstellt. Dieser soll keinesfalls durch den Wegzug guter Steuerzahler stärker belastet werden müssen. Im Gegenteil; von den mit der Reform mehr als 50'000 zu entlastenden Haushalten gehören viele zum Mittelstand. Steuerliche Entlastungen sind gerade in finanziell für die Menschen angespannten Zeiten essentiell. Im Kanton Baselland fand die letzte Steuerreform für natürliche Personen im Jahr 2007 statt. Damals wurden insbesondere tiefe Einkommen, Familien und Rentnerinnen und Rentner entlastet. Seither bezahlen rund 20 Prozent der Steuerpflichtigen im Baselbiet keine Steuern mehr. Diejenigen, die Steuern bezahlen, werden jedoch überproportional hoch belastet. Das muss geändert werden. Damit das Baselbiet ein wirtschaftlich starker Kanton bleiben kann, ist es jetzt an der Zeit, die Vermögenssteuer zu reformieren.

NEIN sagt der Arbeitgeberverband Region Basel zur Initiative «für ein klimagerechtes Basel (Klimagerechtigkeitsinitiative)» sowie zum Gegenvorschlag des Grossen Rats. Die Initiative möchte in der baselstädtischen Kantonsverfassung festhalten, dass der Kanton künftig «nach seinen Möglichkeiten dazu beiträgt, dass die globale Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau 1,5 Grad Celsius nicht übersteigt.» Ausserdem sollen Regierung und Parlament im Rahmen ihrer Kompetenzen dafür zu sorgen haben, «dass der Ausstoss an Treibhausgasemissionen im Kanton Basel-Stadt in allen Sektoren bis 2030 auf netto null sinkt». Der Grosse Rat hat der Initiative einen Gegenvorschlag gegenübergestellt: Dieser will das Zieljahr für netto null auf 2037 statt 2030 festlegen. Der Arbeitgeberverband Region Basel lehnt sowohl Initiative als auch Gegenvorschlag ab – denn die Schweiz bekennt sich bereits heute zum Pariser Klimaabkommen mit CO₂-Neutralität bis 2050; kantonale Alleingänge sind weder zielführend noch umsetzbar, sondern reine Symbolpolitik.

Übersicht Parolen Arbeitgeberverband Basel Abstimmungen vom 27. November 2022

Bund:

keine Vorlagen

Kanton BS:

Kantonale Initiative «für ein klimagerechtes Basel (Klimagerechtigkeitsinitiative)» und Gegenvorschlag des Grossen Rats: 2 x NEIN

Kanton BL:

Änderung des Steuergesetzes, Vermögenssteuerreform I: JA

Der Arbeitgeberverband Region Basel vertritt die Interessen der Arbeitgeber im Wirtschaftsraum Nordwestschweiz. Mit über 2'500 Firmenmitgliedern und rund 20 Verbänden als Kollektivmitglieder ist er einer der grössten regionalen Arbeitgeber-Dachverbände der Schweiz.